Einzelnummer 50 Pfennig.

Völkischer Beobachter

und Deutschwirtschaftszeitung

Erscheint wöchentlich zweimal: Donnerstag und Sonntag. Bezugspreis: Jährlich 50 M., halbjährl. 25 M., vierteljähl. 12.50 M. Postscheckkonto München 11346. Einzelpreis 50 Pf.

Geschäftsstelle: Thierschstr. 15, Fernruf 20647. Geschäftszeit 8—4. Samstag 8—1 Uhr. — Sprechstunde der Geschäftsleitung 9—11 Uhr. Schriftleitung: Schellingstr. 41. Fernruf 20647. Sprechstunde Montag mit Freitag 4—5 Uhr.

Anzeigenpreis: die 30 mm breite Grundzeile für Geschäftsanzeigen brutto M. 1.50 mit entsprechenden Nachlässen. Reklamezeile M. 5.—. Finanzanzeigen netto M. 1.50. Familienanzeigen 1.— Pf. Kleine Anzeigen (Stellengesuche usw.) 90 Pf.

Süddeutscher Beobachter / Münchener Beobachter / Deutschvölkischer Beobachter

Nummer 56 | München, Donnerstag, den 17. Brachet (Juni) 1920 | 34. Jahrgang

F. M. J. Rehse Archiv und Museum f. Zeitgeschichte München

Volk, hilf dir selbst!

Aus dem Inhalt.

Die heilige Feme.
Israels Rache.
Zuwachs aus dem Osten.
Der Jude und der Eid.
Wucher von Reichswegen.
Judenbolschewismus.
Die Kinoseuche.
Der „Münchner Post“ ins Stammbuch.

Die heilige Feme.

Wer seinem Volk in öffentlichen Dingen zu dienen sich entschlossen hat, wird bald finden, daß er außer mit den Feinden und den Freunden, mit den Ehrlichen und den Lumpen, mit Einsichtigen und Verbohrten, vor allem mit zwei großen Gruppen zu rechnen hat: mit den Mutigen und mit den Feigen. Und er muß sich entscheiden, zu wem er spricht, zu denen, die an das Recht, den Adel und die Zukunft des deutschen Volkes glauben, oder zu denen, die nur greinen und maulen und jede Hundepeitsche küssen: schone uns und hilf uns.

Wir Völkischen sprechen nur zu denen, die wissen, daß unser deutsches Volk frei von Anbeginn und frei in Ewigkeit ist, daß es das Recht hat, sein Leben selbst zu bestimmen, und daß es die Kraft hat, sein Recht sich zu nehmen, **wenn es nur will.** Und wir sind gewillt, auch über die Plattschädel derer hinwegzugehen, die nur zu klagen und zu jammern wissen: „Ach, wir sind gebunden und wir sind abhängig, unser Wille ist gelähmt, unser Recht verloren.“ Denn es ist eine Lüge, daß wir gebunden sind, wir sind nur gebunden, solange wir feige, solange wir hündisch unseren Herren gehorsam sind, solange wir den Lügenstimmen glauben, die uns einreden, daß wir gebunden seien. Freilich, die Franzosen hinausweisen, deutsches Land im Osten und Westen, im Süden und im Norden zu uns rufen, das können wir nicht. Aber unser Land reinigen von der Schande, von dem Schmutz, der auf ihm liegt, dazu sind wir frei. Unterm Schein der Besonnenheit kommen da die Niemalswagenden, die Leisetretenden, die ewig Blinden und die Nieverantwortlichen: „Wir können die Welt nicht umstürzen. Wir können die Menschen nicht anders machen.“ Freilich nicht, aber wer will denn das? Wir wollen ja nur den Nebel zerreißen, der um die Gehirne der Menschen hängt, wir wollen den Giftschwalm wegblasen, der ihre Augen trübt, daß sie die ganze Welt und ihre Mitmenschen jüdisch sehen und nicht deutsch. Denn wir kämpfen nicht gegen Menschen, sondern gegen den bösen Geist, der auf Erden umgeht und uns blendet und verführt, uns gegeneinander hetzt und alle aussaugt und beraubt. Diejenigen aber, die ihm dienen und seine Herrschaft immer neu ausbreiten und festigen, die wollen wir dahin bringen, wohin sie gehören: An den Galgen!

Wir können die Menschen nicht anders machen. Aber wir sehen auch nicht ein, warum wir uns die unumschränkte Herrschaft der Lumpen, der Wucherer und Schieber, der Hundsköpfe und Giftschlangen, der Wanzen, Läuse und Ratten gefallen lassen sollen. Es sind zu viele? Gewiß, unser Herrgott hat das niederste Geschmeiß mit der höchsten Fruchtbarkeit gesegnet. Aber deswegen brauchen wir uns nicht von dem Gezücht auffressen zu lassen, sondern wir werden uns ihrer wehren, und ehe wir von ihnen sterben, sollen sie von unserer Hand den verdienten Tod empfangen. Täglich kommen jetzt die Zuschriften, die kräftige Hilfe am Befreiungswerk zusagen. Ein Freund der Sache hat eine Liste in Umlauf gesetzt, und über hundert Unterschriften in wenig Tagen erhalten. Die allermeisten aber werden noch mit ihrer Zuschrift zurückgehalten haben, um erst zu sehen, was wir eigentlich wollen, ob die Sache nicht wieder einschläft, oder ob sie nicht einen Haken hat. Und werden schnell zu uns stoßen, wenn sie merken, daß hier Zukunftsgeist am Werke ist.

Einschlafen wird die Sache ganz gewiß nicht. Dafür ist heute schon gesorgt. Selbst wenn, wie uns freundlich angekündigt wurde, die Schriftleitung des Völkischen Beobachters „Leichenwagen fahren“ muß, ist die Sache nicht tot, denn sie ist heute schon in Hände gelegt, die sie nicht wieder loslassen. Wie aber kann das einen Haken haben, was jeder übersehen kann, was wir alle zusammen anfangen, betreiben und beaufsichtigen? Für ganz Ängstliche aber sei noch gesagt: Volk sind nicht die jüdisch verführten Massen, sondern Volk ist die Sammlung der ehrlichen Kräfte aller Freien. Volk ist nicht das, was jüdische Flugblätter und Anschläge meinen, wenn sie die Massen zum Haß, zur Gewalttat, zur geifernden Niedertracht auffordern. **Volk sind die Deutschen, die ihrer Freiheit froh sind.** Juden sind keine Volksgenossen. Und Judendiener sind keine freien Deutschen. Nur keine Angst. Sie bleiben schon von selbst weg, die scheinheiligen Lumpen und schmierigen Hintertreiber. Und wo einer sich einschleicht, da werden doch Deutsche Manns genug sein, ihn hinauszuwerfen oder nötigenfalls aufzuhängen?

> **Die notwendige Ergänzung der für das Leben unzureichenden Ernährung auf gesetzmäßigem Wege ist solange unmöglich, bis es gelingt, das Schiebertum wirksam zu bekämpfen und schließlich zu vernichten. Es liegen vollwertige Anhaltspunkte dafür vor, daß Deutschland über eine ungeahnte Menge von Lebensmitteln verfügt, die bei Einhaltung der gebotenen Beschränkung für die Ernährung des gesamten Volkes nahezu ausreichen. Es handelt sich nur darum, die ungeheuren Mengen, die sich in den Händen des Schiebertums befinden, diesen zu entwinden. Hierin liegt vielleicht die wichtigste Aufgabe der nächsten Zukunft, da der Wiederaufbau Deutschlands davon abhängig ist.**
>
> Preußisches Landespolizeiamt 1920

Der ganze Jammer ist ja eben, daß wir kein Volk sind. Und die Frage des Augenblicks wie der Zukunft ist: Sind wir fähig, ein Volk zu bilden oder sind wir's nicht? Sind wir, wenigstens einmal in einer einzelnen Sache, die uns auf die Nägel brennt und die ganz gewiß nicht Sache einer einzelnen Partei ist, fähig, einmal eines Sinnes zu sein? Davon hängt alles ab. Niemand hilft uns. Wir selbst müssen es tun, jeder einzelne für sich und von sich aus. Aber er wird nicht allein bleiben, denn plötzlich erkennt er den Nachbarn, und schon sind es hundert und morgen tausend — es ist die Schicksalsfrage, Volk: Lebst du oder bist du tot? Es muß möglich sein, es muß gehen; denn wenn wir das nicht fertig bringen, dann können wir uns selbst an die Galgen hängen, die wir für unsere Quälgeister erbaut haben. Nicht mehr und nicht weniger als der Aufstand des deutschen Volkes gegen die Herrschaft der Lüge und der Lumperei ist es, was wir wollen. Und das wird etwas anderes sein als der Judenschwindel von 1918.

Wenn deutsche Männer aufstehen und sich sammeln, um das Vaterland zu befreien von dem Geschmeiß, das sein heiliges Blut saugt, dann brauchen wir keine geheimen Zusammenkünfte und Verschwörungen, keine Waffenlager und Kassiber, kein blutrünstiges Geschrei und betrügerisches Hetzen. Was wir wollen, können wir jedem offen sagen, denn es ist unser gutes Recht. Die Lage ist: Wir sind in den Klauen von Gaunern und Wucherern, und die, die sich anmaßten, uns vor der Ausbeutung zu schützen, die haben versagt. Auf allen Seiten und in allen Parteien. Die Beauftragten und die Vertreter des deutschen Volkes haben nicht den Mut gefunden, gegen die Blutsauger aufzutreten, ja sie haben mit ihnen gemeinsame Sache gemacht. Das deutsche Volk beschließt, sich selbst zu helfen und stellt seine erwählten Vertreter und seine Beauftragten vor die Entscheidung:

> Entweder ihr schafft binnen drei Monaten das Gesindel uns vom Halse, oder wir gehen selbst vor. Aber wir werden dann die Hehler nicht vergessen, wenn wir die Stehler hängen!

Reichs- und Landesregierung, Reichs- und Landtag können sich nun darauf einrichten. Hängen in drei Monaten einige Dutzend der Hauptschädlinge — ohne Unterschied der Rasen, der Titel und des Glaubens —, so wird ja wohl etwas Ruhe sein, und wir werden wieder atmen können in Deutschland. Hängen sie nicht — so werden wir sie hängen. Wir werden Gerichte bilden und werden die Arbeit dieser Gerichte zu schützen wissen, und diese Gerichte werden in geordnetem Verfahren einen nach dem anderen hernehmen und werden besonders darauf achten, daß ihnen nicht bloß die kleinen Spitzbuben in den Fingern bleiben, sondern vor allem die großen. Und wenn es den Spitzbuben zu ungemütlich wird, so daß sie außer Landes gehen, so wird ihr Vermögen eingezogen, denn hereingebracht haben sie auch keines, und es wird bestimmt dafür gesorgt, daß sie nicht wiederkommen.

Der erste Schritt ist nun, den Volksbeschluß zuwege zu bringen. Der Beschluß freier und verantwortungsfreudiger Männer ist die Rechtsgrundlage, auf der sich der Selbstschutz aufbaut. Es ergeht darum an alle, die helfen wollen, dazu an alle ehrlichen Freunde des deutschen Volkes, die Aufforderung, Unterschriften zu sammeln und alle ihre Freunde und Bekannten zur Sammlung von Unterschriften zu veranlassen für folgendes Begehren:

> Die Unterzeichneten verlangen von Regierung und Volksvertretung, daß schleunigst ein Gesetz geschaffen werde, wonach jeder Fall von Wucher und Schiebertum mit dem Tode bestraft wird. Richter und Beisitzer, Anwälte und Beamte der hierzu eingesetzten Gerichte dürfen keine Juden sein.

Jeder Unterzeichner muß sich mit vollem Namen, Beruf und Wohnungsangabe eintragen, dazu auch mit Angabe des Tages, an dem er seine Unterschrift vollzieht. Die Aufforderung wird vor die Ohren derer, die es angeht, gebracht. Merken die Wucherer, daß es ernst wird, so wird mancher schon in sich gehen und sich bessern. Versagt aber die Regierung angesichts des unzweideutig ausgesprochenen Volkswillens, so wählen die Unterzeichner der Eingaben aus ihrer Mitte Männer allgemeinen Vertrauens, die als wahre Richter des deutschen Volkes den Kampf gegen die Wucherer aufnehmen. Die Wahlen müssen in voller Ordnung durchgeführt werden. Quertreiber werden vor dasselbe Volksgericht gestellt. Obwohl wahlberechtigt nur die Unterzeichner sind, und darunter wohl kaum Juden sein werden, sei es nochmals deutlich gesagt: Juden haben auch nicht das Recht, an der Wahl der Richter teilzunehmen, und wenn sie noch so angesehen und geachtet sind.

Den Schutz dieser Gerichte übernehmen die erweiterten Einwohnerwehren, erweitert, d. h. um alle anständigen Deutschen vermehrt, die gewillt sind, zur Erhaltung des deutschen Friedens und zur Aufrichtung deutschen Rechts und deutscher Freiheit die Waffen zu tragen. Die Volkswehr ist es auch, deren natürliche Aufgabe sein wird, den Anordnungen der Volksgerichte Nachdruck zu verschaffen.

„Aber das ist ja die Anarchie?!“ Haben wir denn heute etwas anderes als Anarchie? Und ist die Ausübung der Regierungsgewalt jemals etwas anderes gewesen als das, was unsere Richter tun sollen: Recht schaffen im Auftrag des Volkswillens? Wer heute noch glaubt, daß eine jetzt mögliche Regierung imstande wäre, Ordnung zu schaffen, der kann sich ins Bett legen und die nächste Zeit verschlafen. Heraußen im Kampf um die deutsche Freiheit können wir ihn nicht brauchen. Und wer sich fürchtet, einen Entschluß zu fassen, der ihm unerhört erscheint, der frage sich, ob wir nicht genau dieselben jämmerlichen Zustände haben wie das arme Deutschland nach dem Dreißigjährigen Kriege, und ob wir darum nicht gezwungen sind, uns ähnlich mit Gerichten zu helfen, die ihre Gewalt nur aus dem heiligen Willen des Volkes zum Recht herleiten: Mit der heiligen Feme.

Während die Unterschriften für das Volksbegehren gesammelt werden, sollen alle, die in der Lage dazu sind, auch Stoff sammeln zur Erhebung von Anklagen und zur Durchführung der Rechtshändel. Von vielen Seiten ist in dieser Weise schon gearbeitet worden. Mancher hat bis heute noch nichts von seinem Wissen kundgegeben, da er meinte: es nützt ja doch nichts. Für Abgrenzung dessen, was Wucher ist, genügen zunächst die bestehenden Bestimmungen, von denen ja bekannt ist, daß sie nur richtig angewendet zu werden und schärfere Strafen zu haben brauchten, um wirksam zu sein. Zur Mitarbeit an der Ergänzung dieser Bestimmungen, soweit sie notwendig ist, werden hiemit deutsche Rechtslehrer aufgefordert. Ein Staatsanwalt in Kempten forderte, wie wir, für Wucher die Todesstrafe. Warum stehen nicht alle Richter in Deutschland auf, dem Volke Recht zu schaffen?

Es ist jetzt Zeit, sich zu entscheiden. Wer nicht für uns ist, der ist gegen uns. Alle deutschen Männer und Frauen, sei ihr politisches Bekenntnis wie es wolle, alle Gemeinden, alle Verbände, Zeitungen und die Parteien selbst sind aufgerufen, mitzutun. Wer nicht an das Recht und die Zukunft des deutschen Volkes glaubt, bleibe draußen. Wer aber mit uns glaubt, der helfe.

Kr.

Aus der Zeit.

In Italien ist der als deutschfreundlich angesehene Giolitti ans Ruder gelangt. Deutsche Diplomaten halten schon die Zungen bereit, um ihm die Stiefel abzulecken.

*

Die freien Gewerkschaften wiederholen ihre diktatorische Forderung, Minister bestätigen oder ablehnen zu können. Hoffentlich sind sie sich darüber klar, daß dies nicht zum Besten des sozialen Staates, sondern nur den Machtgelüsten von ein paar Judenbuben zu Gefallen geschieht.

*

Die russischen Schürer sollen über den Ausfall der deutschen Wahlen sehr unzufrieden sein. Man will doch nicht umsonst so viel Geld in das Geschäft gesteckt haben.

Israels Rache.

„Auch das deutsche Volk wird sich beizeiten den Schlaf aus den Augen reiben müssen, um zu erkennen, daß die jüdische Frage vielleicht diejenige von allen Fragen ist, welche die ernsteste Behandlung erheischt“. Dieses Schlußwort von Professor Friedrich Delitzsch in seiner eben erschienenen epochemachenden Schrift: „Die große Täuschung“ sollte man allen jenen deutschen Männern ins Bewußtsein hämmern, die die jüdische Internationale als Hirngespinst hinzustellen belieben und behaupten, die Internationalität der Juden sei nur eine gefühlsmäßige, wie dies vor einigen Tagen Herr Geheimrat von Gruber in einem Vortrag getan hat. Just in diesen Tagen hat wieder einmal die Weltjudenheit ihr wahres Wesen enthüllt mit einer Deutlichkeit, daß selbst dem dickfelligsten deutschen Michel die Augen aufgehen müßten.

Seit dem Zusammenbruch der ungarischen Rätediktatur ist der Weltjudenheit das erwachende, sich auf sich selbst besinnende Ungarn ein schwerer Dorn im Auge. Nach Inkrafttreten des Friedensvertrages von Neuilly, einem würdigen Gegenstück zu dem von Versailles und St. Germain, ist Ungarn heute nur mehr ein Volk von 8 Millionen Einwohnern. Aber trotz allem haben die wackeren Ungarn noch lange die Hoffnung nicht aufgegeben, vielmehr arbeiten sie heute schon sehr zielbewußt und mit staunenswerter Energie an ihrer völkischen Gesundung und Erstarkung. In langer Leidenszeit sind ihnen die Augen über die wahren Gründe ihres Elends aufgegangen, und darum wußten sie, wo sie den Hebel einzusetzen hatten. So schritt der ungarische Minister des Innern zu der befreienden Tat. Er löste die Freimaurerlogen, die Hochburgen semitischer Ränkesucht, auf und beschlagnahmte ihr Vermögen zu Wohlfahrtszwecken. In der Begründung zu dieser Tat legte der Ministerpräsident die Wühlereien bloß, die durch eine „vom Ausland geleitete Propaganda, durch die zersetzende Wirkung falscher Ideale, durch die Hoffnung auf einen faulen Frieden jede Autorität stürzten, das wirtschaftliche Leben zugrunde richteten und infolge der Schwäche der bürgerlichen Parteien das Land verrieten. In Vertretung geheimer Gesellschaften und einer Bande von Verschworenen habe der Auswurf einer entarteten, fremden Rasse die Macht an sich gerissen, selbst in der Schule den Kampf gegen alles Christliche und Nationale aufgenommen und die Familienbande zu sprengen versucht: Eine regelrechte Christenverfolgung sei ausgebrochen.“ Da —! An allen vier Ecken der Welt hallt es wider von dem furchtbaren antisemitischen Terror in Ungarn, unter dem die dortige Judenheit zu leiden habe. Diese versäumt es nicht, genau wie bei uns, mit Ungarn „lieb Kind“ zu spielen und eine glühende Liebe zum Ungarnland vorzutäuschen. „Am Tage der Unterzeichnung des uns aufgezwungenen Friedens“, so berichtet der „Pester Lloyd“, Nr. 133, am 4. d. M., „wird in sämtlichen Gotteshäusern die Pester israelitische Gemeinde im Rahmen des Abendgottesdienstes des Friedensvertrages gedenken, bei welcher Gelegenheit die Seelsorger der einzelnen Gotteshäuser die Andächtigen auffordern werden, durch ausdauernde Arbeit dahin zu streben, die Grundlagen des ungarischen Vaterlandes (!) zu festigen.“ Jedenfalls wissen die Ungarn, was sie davon zu halten haben, denn nun trat das ein, womit der nach Wien geflüchtete kommunistische Zeitungsschreiber Göndör (Nathanael Kraus) in einer Rede gedroht hatte. Er hatte über den Zusammenhang der umstürzlerischen Arbeiterbewegung mit der Alliance israelite universelle gesagt, daß diese den offenen Kampf mit anderen Mächten aufnehmen könne, denn als letztes bliebe noch immer: Die Mobilisierung des Weltjudentums, das den Sieg gewährleiste. Mit „schreienden Lettern“, so berichten die „Wiener Stimmen“, verkündet die jüdische Presse folgende Havasmeldung aus Amsterdam:

„Das Büro des internationalen Gewerkschaftsbundes hat im Einvernehmen mit dem Generalrat der interalliierten Transportarbeiterföderation, der am 31. Mai und 1. Juni in Amsterdam zusammengetreten war, beschlossen, am 30. den vollkommenenen Boykott gegen Ungarn zu verkünden. Von diesem Tage an soll jeder Verkehr mit Ungarn durch Eisenbahnen, Schiffe, Post, Telegraph oder Verkehrsmittel welcher Art sonst vollständig stillgelegt worden. Allen gewerkschaftlichen Landeszentralen der Transportarbeiter und Eisenbahnerorganisationen werden entsprechende Weisungen gesandt. Ein an die Arbeiter aller Länder gerichtetes Manifest wird im Laufe dieser Woche erscheinen.“

Genug! Zeigt sich doch hier mit aller Deutlichkeit, wie die rote Internationale im Dienste der jüdischen eingeschirrt ist, mit Hilfe der letzteren die ihrem Willen nicht gefügigen Völker auf die Knie zu zwingen sucht. Darin liegen aber auch die tiefsten Gründe, warum Juda von jeher dem Militarismus der ihm noch nicht ganz willfährigen Völker spinnefeind war, warum es ihnen ferner diese Waffe der Selbstverteidigung, ebenfalls wieder mit Hilfe der roten Internationale, aus der Hand schlug. Prahlt doch der Jude Rudolf Großmann — er nennt sich Pierre Ramus — in seinem Organ des herrschaftslosen Sozialismus „Erkenntnis und Befreiung“ (Nr. 23 v. 8. 5. 20) mit einem Vortrag des Dr. Kurt Sonnenfeld in Favoriten (Österr.), bei dem die „geschichtlich bedeutsame Tatsache“ hervorgehoben wurde, daß die überwiegende Mehrzahl der Kameraden, die bei der großen antimilitaristischen Rede des Pierre Ramus auf der Schmelz im Mai 1914 anwesend gewesen war, wenige Monate später im Kriege ihre antimilitaristische Gesinnung praktisch bewies, sich dem Frontdienst entzog und dadurch den endlichen Zusammenbruch der Mittelmächte herbeiführen half.“ Doch noch nicht genug.

Selbst die traurigen Überreste unserer einst so stolzen Wehrmacht sind jenen Drahtziehern ein Dorn im Auge, bildet diese doch immer noch ein Hindernis, das den Herrschaftsgelüsten Judas im Wege steht. Als nach dem Frieden von St. Germain die österreichische Wehrmacht auf 30 000 Mann reduziert werden mußte, bot der jüdische Abgeordnete Stricker im Reichsrat alles auf, um die Zwecklosigkeit der Aufstellung eines Heeres darzutun. Folgende, die jüdische Taktik trefflich kennzeichnenden Auslassungen sind wert, niedriger gehängt zu werden: „Wir sind also nicht gezwungen, eine Armee aufzustellen. Statt sich dieser herrlichen Zwanglosigkeit zu freuen, statt sie voll auszukösten, statt zu jubeln, daß man uns endgültig vom Fluch des Militarismus befreit hat, beeilen sich die Regierung und sonderbarerweise ihr sozialdemokratischer Staatssekretär, eine Wehrvorlage auf den Tisch des Hauses zu werfen. Handelt die Regierung unter dem eisernen Zwang der Not? Nein! Dieser Entwurf entspricht nicht dem Bedürfnis des Volkes (lies des jüdischen Volkes), sondern er verdankt seine Entstehung dem gegenseitigen Mißtrauen der Klassen und Parteien. — Ich betrachte die zu schaffende österreichische Wehrmacht als eine überflüssige und schädliche Sache, als einen Wechselbalg, den die Demagogie und das Parteigezänk hervorbringen.“ Nachdem nun die Gefährlichkeit der Wehrmachtsaufstellung genügend dargetan ist, beginnt Stricker, dieselbe lächerlich zu machen, und fährt fort: „Man hat uns als Geschenk die Erlaubnis gegeben, 30 000 Söldner zu werben und sie mit Vogelflinten zu bewaffnen. Eine solche Armee, die ja nur eine Karikatur ist, bietet nicht die geringste Garantie und wirkt in ihrer Schwäche nur aufreizend auf böse Nachbarn.“ Und nun greift er an den Nationalstolz und sagt: „Ich würde es für richtig halten, der Entente dieses Geschenk lachend vor die Füße zu werfen. Unser bester Schutz ist ehrliche und strikte Neutralität. Je waffenloser wir sind, desto stärker sind wir. — Ich finde es sonderbar, daß eine freie demokratische Republik (!) nicht ohne Armee, welche innere Unruhen verhüten muß, auskommen soll.“ Daß auch in Deutschland gewisse Leute ebenso denken, geht aus der Bemerkung der „Neuen jüdischen Monatshefte“ (Nr. 9/10 von 1920) zu dieser Rede hervor, sie wollen sie nämlich „als ein in hohem Grade nachahmenswertes Beispiel für die Art gewertet wissen, in der jüdische Politiker wirken sollen“. Nun, dank der Tatsache, daß seit vielen Jahren jüdische Politiker auch in Deutschland in diesem Sinne gewirkt haben, sind wir in unsere heutige erbärmliche Lage geraten. „Deutschland soll — das ist unser fester Wille als Sozialisten — seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das letztemal siegreich heimgebracht zu haben“, so schreibt der „Vorwärts“ vom 20. Oktober 1918. Leider hat er recht behalten, Juda hat sein sehnsüchtig erstrebtes Ziel erreicht. Aber noch ist es nicht genug. Der Rest unserer Wehrmacht soll verschwinden, wir der Anarchie preisgegeben und durch sie mürbe und reif gemacht werden für den Triumph Israels. Wann wirst du dir, Deutsches Volk, einmal den Schlaf aus den Augen reiben?

A. M.

Bund der Beobachterfreunde

Geschäftsstelle München, Thierschstr. 15

Ruf-Nr. 20647 — Sprechstunde 9—11 vormittag

Aufnahme als Mitglieder können alle ständigen Bezieher des „Völkischen Beobachters“ finden, soweit sie wirkliche Freunde des Blattes und gewillt sind, an den Bestrebungen des Bundes ernstlich mitzuarbeiten, das Blutsbekenntnis abgelegt haben und die Bedingungen der Satzungen erfüllen. Kein Mitgliedsbeitrag — freiwillige Beiträge. Vorläufige Satzungen werden nach vorheriger Einsendung von M. 1.— in Marken sofort zugesandt.

Zuwachs aus dem Osten!

Die „Wiener Stimmen“ vom 6. 5. 20. (Nr. 103) melden:

„Der jüdische Sozialdemokrat Dr. Diamant erklärte auf einer Konferenz der vom Luzerner Sozialistentag zur Untersuchung der Pogrome in Polen eingesetzten Untersuchungskommission (Shaw-Renaudel(!)-Schabel) mit Vertretern der polnischen Sozialdemokratie folgendes:

„Die Existenz der Juden in Polen sei weder ihnen noch den Polen nützlich und es wäre daher am besten, wenn die Juden eine großzügige Emigration aus Polen organisierten. Dies sei die beste Lösung des gespannten Verhältnisses zwischen Polen und Juden. (!!) An den Pogromen, soweit man diese Vorkommnisse in Polen Pogrome nennen könne, seien eigentlich die Juden selbst schuld, (wie immer), vor allem, da „volksfremde“ Elemente unter ihnen seien und dann, da die Juden, welche in materiellen Dingen höchst real denken, in politischen Dingen phantastischen Ideen nachhängen, wodurch sich ihre Hinneigung zum Bolschewismus erkläre.“

Das Wiener jüdisch-nationale Organ nannte diese Erklärung des sozialistischen Juden Diamant eine Unverfrorenheit, ihn selbst einen Verräter der Juden als auch der Polen, und fordert die Juden von Lemberg auf, den Mann abzuschütteln.

In dieselbe Kerbe haute die Wiener „Jüdische Zeitung“ mit ihrer Nr. 14 ds. Js.:

„Jetzt stehen wir vor einem gewaltigen Ansturm jüdischer Massenwanderung, wie wir sie selbst in den Zeiten massenhafter jüdischer Wanderungen — als in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts oder nach Kischinew — nicht erlebt haben. Schon in nächster Zeit dürfte ein gewaltiger Wandersturm aus den Gebieten des Ostens nach den Westländern sich ergießen. Die bestehenden jüdischen Verbände und Hilfsorganisationen müßten eine gewaltsame Aktion in die Wege leiten, damit die Emigration möglichst planmäßig vor sich gehe. Die Fehler und Mängel früherer Wanderepochen müssen tunlichst vermieden werden.... Es müßte nämlich eine Zentralstelle geschaffen werden mit Zweigbüros in allen Auswanderungs- und Einwanderungsländern, mit Unterorganisationen und Vertrauensmännern an allen in Betracht kommenden Orten. Ferner muß ein Aufklärungsdienst organisiert werden, dem alle jüdischen Zeitungen für seine Veröffentlichungen zu Gebote stehen sollen und der die Mittel hat, selbständig durch Broschüren und Flugblätter eine umfassende aufklärende Tätigkeit zu entfalten. Es muß eine Organisation geschaffen werden, die nach einem großangelegten, einheitlichen Plan die Auswanderungsbewegung leitet. — Wir brauchen nicht im geringsten zu befürchten (!), daß die Juden sich schließlich mit ihrer Lage im Osten versöhnen, ihre Gedanken an die Auswanderung aufgeben und später neuen Pogromen und Drangsalierungen ausgeliefert würden. Die Wunden, die der Krieg und Pogrome (?) in die Herzen vieler Juden geschlagen hat, werden nicht so bald ausheilen, und die Mehrzahl der Heimgesuchten wird sicherlich darnach trachten, bei jeder Gelegenheit in ein anderes, besseres und freieres Land überzusiedeln. — Infolge der ungünstigen Berufsschichtung der Ostjuden, besonders der zu großen Zahl von Händlern, ist die Entstehung ungesunder Zustände und gespannter Beziehungen zwischen den Juden und der übrigen Bevölkerung in den neuen Wohnländern nicht ausgeschlossen. Wir müssen daher trachten, durch Gründung jüdischer Arbeitsämter, technischer Bildungsanstalten u. dgl. möglichst viele Juden den produktiven (!!?) Berufen zuzuführen. Besonders ist es von größter Wichtigkeit, die jüdischen Industriellen, die Gewerbetreibenden und Landwirte zu veranlassen, möglichst viel jüdische junge Leute bei sich aufzunehmen. — Es besteht kein Zweifel, daß man in den nächsten paar Jahren für die Wiederaufrichtung des erschütterten jüdischen Wirtschaftslebens (!!) und noch immer für die bevorstehende Massenemigration beträchtliche Summen benötigen wird. — Viele jüdische Gemeinden erschöpfen ihre Mittel zur Milderung der gegenwärtigen jüdischen Not, Versorgung jüdischer Kriegswaisen, Kampf gegen den Antisemitismus u. dgl. und können daher für den Wiederaufbau der ostjüdischen Wohnstätten und der bevorstehenden jüdischen Massenemigration und Kolonisation sehr wenig tun.“ Nun wird die Aufnahme einer großen jüdischen Volksanleihe von mindestens 400 Millionen Pfund — das sind 150 Milliarden Mark! — in Anregung gebracht, für welche England und Amerika (!!) aufzukommen hätten, und dann folgender Vorschlag gemacht:

„Es müßte nach dem Vorschlag Birnbaums ein Volksamt von jüdischen Menschen aller Richtungen geschaffen werden, das die Sache der in ihrer Heimat zurückbleibenden, wie auch der auswandernden Juden vor den Regierungen vertreten und auch über die Wahl der geeigneten Länder für die jüdische Einwanderung Entscheidungen treffen könnte. Zweifellos würde für viele jüdische Auswanderer aus wirtschaftlichen, wie auch aus gewissen familiären und anderen Gründen nicht Palästina, sondern andere Einwanderungsländer in Betracht kommen.“

Also gute Aussichten! Wir sollen noch mit mehr Ostjuden überschwemmt werden, weil wir noch nicht genug von dieser Sorte haben. Sie alle, die sich seit mehr als einem Jahr bei uns niedergelassen haben, sind wohl nur gekommen, um ihr „erschüttertes Wirtschaftsleben“ bei uns und auf unsere Kosten wieder aufzurichten! Das ist der wahre Grund ihrer Auswanderung! Nicht die Pogrome, und sollten solche wirklich vorgekommen sein, dann muß man sich die Tatsache vor Augen halten, noch nie in der Geschichte bis auf den heutigen Tag hat ein Volk sich zu Gewalttätigkeiten gegen die Juden hinreißen lassen, ohne daß es vorher von ihnen gereizt wurde, bis seine Geduld ein Ende hatte. Nun sollen wir mit diesem Gesindel gesegnet werden, ja, die Frankfurter Zeitung (Nr. 293 vom 24. April) hält im Interesse der deutschen Judenheit den ostjüdischen Zuwachs für eine Notwendigkeit wegen einer zu erwartenden Zersetzung unter den Juden durch Taufe, Malthusianismus und Mischehen. Die deutsche Judenheit sei bei fortschreitender Zersetzung in Gefahr, in 100 Jahren ganz verschwunden zu sein, eine Befürchtung, die jedem Kenner jüdischer Rassengeschichte lächerlich erscheinen muß. Die wirklichen Gründe sind zu durchsichtig. Es geht um unser Volkstum! Tod oder Wiedergeburt! Ein Mittelding gibt es nicht!

A. Miller.

> Hat ein Jude einen Angestellten im Geschäft, mit welchem er ausgemacht, alles, was er finden würde, solle dem Geschäftsherrn gehören, und hat der Angestellte einen Nichtjuden betrogen, indem er von dem Nichtjuden eine längst bezahlte Schuld sich nochmals bezahlen ließ, oder hat er den Nichtjuden im Rechnen übervorteilt usw. so gehört dieser Gewinn dem Herrn, weil solche Profite ebenfalls wie gefundene Sachen zu betrachten sind. (Das Eigentum der Nichtjuden ist herrenloses Gut.)
>
> Talmud (Schulchan Aruch, Choschen Hamischpath § 183)

Der Jude und der Eid.

Wenn irgend etwas kennzeichnend ist für den menschenfeindlichen Charakter des Judentums, so ist es dessen Auffassung vom Eide (vor einem nichtjüdischen Gerichte), welche auch schon zeitig erkannt worden ist, sobald eben der Jude nicht mehr unter Fremdrecht stand, was ja nach Einführung des römischen Rechtes, als subsidiäre Rechtsquelle, an Stelle des urzeitlichen deutschen Volksrechtes nicht ausbleiben konnte. Das heißt: Sobald der Jude dem gleichen Rechte unterstand, wie der einheimische, angesessene Deutsche, mußte auch der dem Juden im bürgerlich-rechtlichen und strafrechtlichen Verfahren auferlegte und von ihm geleistete Eid vom Richter in gleicher Weise gewürdigt und bewertet werden, wie der Eid eines Christen bzw. Deutschen. Dabei ist den deutschen Richtern die furchtbare Gefahr, welche damit für den Rechtsschutz der angesessenen Deutschen heraufbeschworen worden ist, wahrscheinlich zumeist gar nicht bewußt geworden, ansonst sie doch wohl Bedenken getragen haben würden, ihr Urteil mit den Schlußfolgerungen aus dem Inhalte eines solchen Judeneides zu begründen, wie das sicherlich unzählige Male geschehen ist. Jedenfalls ist das deutsche Richtertum in dieser Hinsicht von einer gewissen Unbedenklichkeit und Sorglosigkeit um so weniger freizusprechen, als dasselbe beruflich mit jüdischem Wesen meist genugsam bekannt geworden ist, und es schon seit Jahrhunderten Schriften gibt, in welchen ebenso nachdrücklich wie gründlich auf die Unbrauchbarkeit des Judeneides in der Rechtspflege hingewiesen worden ist.

Eine solche Schrift führt den Titel: „Entdeckter Jüdischer Baldober oder Sachsen-Koburgische Akta kriminalia wider eine Jüdische Diebs- und Räuberbande, worinnen zu jedermänniglicher Wahrnehmung vor die Jüdische Nachstellungen sich hüten zu lernen, besonders aber zum nützlichen Gebrauch derer Kriminalgerichte, viele bisher noch nicht bekannt gewesene Bosheiten und Diebsstreiche des Jüdischen Volkes, deutlich geoffenbart und zum Behufe künftiger Inquisitionsprozesse mit praktischen Bemerkungen erläutert werden — Koburg bey Joh. Georg Steinmarck 1737." Im zehnten Kapitel daselbst ist auf die Zwecklosigkeit, ja Gefährlichkeit der Eidesleistung seitens der Juden vor einem deutschen Gerichte nachdrücklich hingewiesen. Es heißt dort u. a.:

„Die Ursachen dessen bestehen hauptsächlich darin, weilen einesteils den Juden in den Rabbinischen Schriften verboten ist, wider ihre Glaubensgenossen vor christlichen Gerichten besonders, wo es Leib und Leben anbetrifft, Zeugschaft zu geben, und weilen anderenteils die Juden einander von ihren Eidschwüren und der Strafe des Meineids zu entbinden pflegen."

Im Anschluß hieran sei hier gleich eine Stelle aus dem Traktat von dem entdeckten Judentum von Prof. Joh. Andreas Eisenmenger angeführt:

„Es ist auch einem Juden verboten, gegen einen andern Juden Zeugnis zu geben, daß derselbe einem Christen schuldig sei, und steht davon in dem Jüdischen Buche ‚Schulchan Aruch' genannt, also geschrieben: Wenn ein Abgöttischer an einen Israeliten etwas fordert und ein anderer Israelit hat Wissenschaft davon, so daß er den Abgöttischen gegen den Israeliten, der schuldig ist, Zeugnis geben könnte, daß des Christen Forderung rechtmäßig ist, und ist sonsten kein Zeuge außer demselben, und der Abgöttische begehrt von ihm in einem Ort, da die Abgöttischen einen auf eines Zeugen Aussage zu verdammen pflegen, daß er ihm Zeugnis geben soll, so ist es verboten, ihm Zeugnis zu geben. Wenn er aber zeuget, wird er in den höchsten Bann getan, welcher ‚Schammatha' genannt wird." Und weiter: „Wenn einer bei dem Gerichte der Abgöttischen wider einen Israeliten Zeugnis gibt und bringet durch sein Zeugnis zuwege, daß derselbe sein Geld (dem Christen) herausgeben muß, der wird so lange in den Bann getan, bis daß er es wiedergiebet." Im Talmudischen Traktat „Bava Kamma" wird das gleiche gelehrt.

Der Verfasser des „Entdeckten Jüdischen Baldober" führt im Anschluß hieran weiter aus: „Dieses ist also eine Hauptursache, warum die Christlichen Inquisitionsgerichte wider einen Jüdischen Inquisiten von einem jüdischen Zeugen keine richtige Eröffnung der Wahrheit zu erhoffen haben. Die zweite Ursache aber ist folgende: weilen alle Juden nach ihrer Rabbiner Lehrsätzen schuldig sind, eines anderen Juden Leben zu retten. Denn es statuieren ihre Rabbiner, in Sonderheit der Rabbi Bechai in seinem Buche ‚Kad Hakkennach' unter dem Titel ‚Oth Giwel', es wäre mit der Errettung eines Menschen also beschaffen, wenn einer einen Israeliten beim Leben erhielte, daß er ebensoviel tue, als wenn er eine Welt voll Seelen erhielte, weil nämlich dadurch sein ganzes Geschlecht erhalten würde und bis ans Ende der Welt dauern könnte."

Der Verfasser des „Entdeckten Baldober" folgert aus dieser Stelle, daß unter solchen Umständen der Meineid der Juden gegebenen Falles wohl selbstverständlich sei. Übrigens geht aus den Rabbinischen Schriften hervor, daß die Rabbiner einen vor christlicher Obrigkeit von Juden abgelegten Eid stets für erzwungen und unkräftig oder unverbindlich erachten. Auch glauben sie, daß es erlaubt sei, einen Eid in seinen Gedanken zu vernichten und folglich anders zu schwören und anders in seinem Sinn zu denken. Desgleichen ist bei den Juden allgemeine Lehre, daß sie entweder einer dem andern alle Gelübde und falsche Eidschwüre oder sich selbst an dem sog. „langen Tag" oder „Jom Kipur" durch das bekannte Gebet „Kol nidre" aufzulösen und die Sünde des Meineids zu vergeben ermächtigt wären.

Hier sei auch noch einer rabbinischen Verrücktheit, von welcher im Talmud berichtet wird, gedacht, daß nämlich ein Rabbi den Jahve selbst seines Eides entbinden könne, weshalb Jahve auch die Zerstörung des jüdischen Tempels nicht zugelassen haben würde, welche zuzulassen er geschworen hatte, wenn er von einem Rabbi seines Schwures entbunden worden wäre.

Eisenmenger hebt auch noch hervor, daß die Juden — nach ihren Schriften zu schließen — einander selbst in Hinsicht des Eides nichts Gutes zutrauen und niemals eine Tatsache rundweg beschwören, sondern stets Einschränkungen und abschwächende Zusätze machen, weil sie nicht beim Wort genommen werden wollen.

Bei dieser Sachlage ist man auf den Gedanken gekommen, einen Juden nur unter ganz besonderen Förmlichkeiten, wie durch Zuziehung eines Rabbiners und zehn anderer Juden, schwören zu lassen, und ihm hierbei eine Kleidung vorzuschreiben, wie er sie bei Verrichtung des Gebetes zu tragen hat. Auch der Gebetsriemen wurde nicht vergessen. Endlich sollte ein echtes auf Rollen geschriebenes Gesetzbuch zur Stelle gebracht werden, worauf der Jude zu schwören hatte. Zu diesen und anderen Förmlichkeiten und Kautelen kam noch eine ganz besondere, äußerst sorgfältig entworfene, überlange Eidesformel. Allein es scheint, daß man von diesen Vorsichtsmaßregeln, an deren Zweckmäßigkeit gezweifelt wurde, selten Gebrauch gemacht hat. Sie sind auch tatsächlich zwecklos und niemals allgemein in Übung gekommen. Diese Zwecklosigkeit läßt sich übrigens schon aus dem Traktat des Rabbi Meises Maimonides erkennen, worin er folgenden Rat erteilt:

„Wer einer Sache wegen geschworen hat und hat über das noch hernach geschworen, daß er diesen Eid nicht wolle auflösen lassen, und es ihn doch reuen würde, der begehre erstlich die Auflösung des letzten Eides, den er geschworen, nämlich, daß er den ersten Eid nicht auflösen lassen wolle, und danach begehre er die Auflösung des ersten Eides."

Das genügt! —

Die eben erörterte Stellung des Juden zum gerichtlichen Eide ist selbstverständlich gegenwärtig genau die gleiche, welche sie von jeher gewesen. Aber in unseren Gesetzen ist hierauf nicht die mindeste Rücksicht genommen. Es ist auch fraglich, ob unseren heutigen Juristen bezüglich des Judeneides noch das bekannt ist, was hierüber die deutschen Richter noch vor zwei Jahrhunderten gewußt haben. Man kann hieraus Schlüsse ziehen, welche unsere Gesetzgebung wie unsere Rechtspflege in einem recht eigentümlichen Lichte erscheinen lassen. Aber dadurch, daß dem Richter jetzt freie Beweiswürdigung eingeräumt ist, besteht wenigstens die Möglichkeit, dem Inhalt eines Judeneides auch wohl einmal eine Beweiskraft nicht beizumessen.

M. Chr. H. M.

Wucher von Reichswegen.

Der „Motor", Zeitschrift des Vereins der Motorenbesitzer in Bayern usw., berichtet in seiner Nr. 5/6 vom 25. März:

„Im Oktober vorigen Jahres wurden dem Verein der Motorenbesitzer in Bayern e. V. von einem englischen Mineralölkonzern durch dessen deutsche Vertretung 2 000 Tankwagen — 20 000 Tonnen, Leichtbenzin ab rheinischen Stationen angeboten zu einem Preise von Mk. 3.30 pro Kilo. Die ungeheure Motorbrennstoffnot, die damals in Deutschland herrschte, die es der deutschen Landwirtschaft unmöglich machte, die Städte in gewollter Weise mit Brotgetreide zu versorgen, veranlaßte die Vereinsleitung, sofort bei den maßgebenden Landes- und Reichsbehörden Schritte zu tun, die Einfuhrerlaubnis für die angebotenen Benzinmengen zu erwirken. Persönliche Vorstellungen beim bayer. Handelsminister verliefen wegen mangelnder Zuständigkeit resultatlos. Einer Abordnung des Vereins ins Reichswirtschafts-Ministerium wurde bemerkt, der Verein könne die Einfuhr schon betätigen, er habe aber die Beschlagnahme des eingeführten Benzins zum damals in Deutschland geltenden Höchstpreis von Mk. 2.65 pro Kilo zu gewärtigen. Kein vernünftiger Kaufmann wird sich ein solches Geschäft leisten können und der Verein mit seinen bescheidenen Mitteln, bei einem voraussichtlichen Verlust von rund 17 Millionen Mark erst recht nicht. Alle Vorstellungen aber und Hinweise, das Reich möchte doch angesichts der ungeheueren Motorbrennstoffnot die Höchstpreise hinaufsetzen und die Einfuhr selbst betätigen, blieben ergebnislos. Das interessanteste an der Sache ist aber nun, daß das Reich vier Wochen später durch die Not gezwungen war, dasselbe Benzin doch zu kaufen, und zwar zum Preise von rund M. 6.— pro Kilo, zu welcher Höhe der Benzinpreis inzwischen gestiegen war. In den Monaten Januar und Februar 1920 wurde dieses durch das Reichswirtschaftsministerium zur Verteilung gelangte Benzin um den Preis von M. 6.30 pro Kilo abgegeben, aber ab März kostete dasselbe, längst in Deutschland eingelagerte Benzin M. 10.— pro Kilo."

Es frägt sich nun: ist eine derartige Preiserhöhung seitens der Reichsregierung gerechtfertigt? Die Antwort kann nur lauten: Nein! Jeder Handeltreibende, der für Waren, die er schon länger in Händen hat, einen Aufschlag von ⅔ des Einkaufspreises fordert, würde mit den Wuchergerichten in Konflikt kommen. Und wenn eine Reichsregierung dasselbe tut, treibt sie eben auch Wucher. Ganz abgesehen von den schädigenden Wirkungen auf die landwirtschaftliche Erzeugung — solche Betriebsmittelpreise schließen eine Rentierlichkeit vollständig aus — ist die Wirkung eines solchen Vorgehens einer Reichsbehörde auf die öffentliche Moral eine geradezu vernichtende. Oder glaubt die Reichsregierung mit solchen Mitteln die ohnedies schon sehr gelockerte Achtung vor den bestehenden Höchstpreisvorschriften zu heben?

Aus dem Gebaren des Reichswirtschaftsministeriums in dieser Angelegenheit ist nachstehendes zu folgern. Einmal hat diese Reichsbehörde in ihrer kurzsichtigen Wirtschaftspolitik die gegebene günstige Benzin-Einkaufsgelegenheit verpaßt. Um

Judenbolschewismus.

Wir haben uns im „Beobachter" immer wieder dagegen ausgesprochen, daß unsere deutschen Arbeiter, dächten sie politisch noch so radikal, mit jenen jüdischen Schurkereien Gemeinschaft haben sollen, die man unter dem leider sehr unzutreffenden Namen Bolschewismus zusammenfaßt. Wenn „Bolschewismus" für manchen ehrlichen Menschen immer noch das Bekenntnis zu einer heilversprechenden Lehre ist: für seine jüdischen Hetzer und Treiber ist es nur das Mittel:

1. Mit Hilfe bedauernswerter Irrer, Mißleiteter und Verbrecher alles zu vernichten, was sich ihnen entgegenstellt.

2. Das Gelüst zur grausamsten Rache an denen zu befriedigen, die das Glück hatten, einem anderen Volke anzugehören, als den Juden, und es zu lieben.

3. Den Reichtum ganzer Völker und der Welt in den Händen weniger Drahtzieher zu vereinigen.

Der in der ganzen Welt geachtete Berner „Bund" veröffentlicht in seiner Sonntagsnummer v. 30. Mai d. J. die Schilderung eines Schweizers, Boris Jenny, über die Arbeit der „außerordentlichen Kommission zum Kampfe gegen die Kontrerevolution", „Tschreswytschaika" oder abgekürzt „Tscheka" genannt. Der Verfasser erzählt zunächst, wie die Tscheka in dem Haus neben seiner Wohnung eingerichtet wurde und fährt dann fort:

„Wie es in der „Außerordentlichen" aussah, konnte ich am Tage nach der Ausgabe Kiews durch die Bolschewisten mit meinen eigenen Augen feststellen. Neben dem Brodskyschen Hause, das für Nichteingeweihte die eigentliche „Tscheka" zu sein schien, befanden sich Ställe, und in diesen hatten sich die fürchterlichsten Schreckensszenen abgespielt. Ich werde den ersten Eindruck, den ich beim Betreten dieses Ortes empfing, nie in meinem Leben vergessen. Die Luft war schwer und giftig, vom Blut und Leichengeruch verpestet. Der ganze Raum war buchstäblich überall — die Decke, die Wände und der Fußboden — mit schwarzem, eingetrocknetem Blut bedeckt und an den Wänden klebten noch blutige Haare und Gehirnstücke. Der zementierte Fußboden hatte eine Neigung gegen die Mitte, wo das Blut sich ansammeln und abfließen konnte. Wie nachher einwandfrei festgestellt werden konnte, wurden die Opfer zuerst gezwungen, sich vollständig auszuziehen und sich nackt, mit dem Gesicht nach unten, auf den Zement niederzulegen. Daher die Befehle „Niederlegen" (loshitj), die wir immer wieder von unserem Hause her in der Nacht hörten. Dann wurden sie durch einen Revolverschuß in den Nacken „liquidiert", wie der technische Ausdruck der Bolschewisten hierfür lautete. Hierauf kamen die der nächsten Gruppe, die so lange gewartet hatte, an die Reihe — sie mußten sich auf die noch warmen Leichen der soeben Hingemordeten niederlegen. Und so ging es dann weiter, bis der Morgen graute und die Leichen, jede Nacht bis hundert, nach dem Friedhofe gefahren wurden, wo man sie in großen Kisten in die Erde vergrub. Ich sehe noch die Grube in unserm Nachbarsgarten vor mir, wo die Bolschewisten in der letzten Nacht ihrer Herrschaft in Kiew, vom 30. auf den 31. August, die von ihnen umgebrachten Menschen, Männer und Frauen, darunter unsere Bekannten, zu vergraben versucht hatten. 120 Leichen lagen da, nackt und entsetzlich anzusehen, kaum erkennbar, da die halben Schädel weggerissen waren, einer quer über die anderen hingeworfen.

Es ist später gelungen, einen der bolschewistischen Henker festzunehmen — es war eine hübsche, stattliche Jüdin, mit Namen Rosa. Über ihre Schandtaten befragt, erklärte sie, daß sie es wohl wisse, daß sie hunderte von Menschen erschossen habe, und dieses sei ihr eine Genugtuung. Genau erinnern könnte sie sich aber nur der ersten zwei, dann sei es wie ein Rausch über sie gekommen. Sie hätte sich Coffein einspritzen, rauchen und trinken müssen, um dann mit sadistischer Freude an ihr grauenhaftes Werk zu gehen.

Vor dem Tode wurden die Opfer auch noch auf die grausamste Weise gefoltert. Ich habe selbst in der „Außerordentlichen" merkwürdig geformte Stühle (ähnlich den von den Zahnärzten gebrauchten) und andere Apparate, deren Bestimmung man sich gar nicht erklären konnte, gesehen. Erst nachdem man sie genauer besehen und die an ihnen klebenden Haare und das Blut entdeckt hatte, erkannte man, wozu sie gedient hatten.

Nachdem die Bolschewisten alle Privathäuser ausgeraubt hatten, verlegten sie ihre Tätigkeit auf die Banken, Museen und andere öffentliche Gebäude, wo alles Wertvolle, Geld, Wertpapiere, Bilder usw. in Kisten verpackt und nach Moskau abgeschickt wurde. Es ist eine feststehende Tatsache, daß der Vorsitzende der Kiewer bolschewistischen Regierung, Rakowski, allein an Silber 40 Pud seinen Angehörigen geschickt hat. Als auch diese Arbeit vollbracht war, wurde zu der „Nationalisierung" der Fachleute und Techniker geschritten, die ebenfalls nach Moskau abgeführt wurden. Auch die Ausländer wurden bei den Mobilisationen nicht geschont, da sie in den Rechten den Bürgern Sowjetrußlands gleich erklärt wurden; um diesem Schicksal zu entgehen, flohen meine zwei Brüder und ich in die Wälder und Sümpfe am Dnjepr. Dort verbrachten wir in Regen und Kälte, ohne ein Stück Brot zu haben, sechs entsetzliche Wochen in steter Sorge um unsere Angehörigen. Denn es war eine beliebte Repressivmaßnahme der Bolschewisten, in solchen Fällen gegen die Verwandten und Bekannten der Schuldigen in grausamer Weise vorzugehen. In dieser Zeit machte ich einen Rundgang durch die umliegenden Dörfer, um uns mit Lebensmitteln zu versorgen. Die Bauern empfingen mich äußerst entgegenkommend und waren ganz auf unserer, d. h. der gegenrevolutionären Seite. Sie hatten selbst dem bolschewistischen Mobilisationsbefehle nicht Folge geleistet. Wenn eine Abteilung der Roten Armee in einem Dorfe erschien, um die Mobilisation gewaltsam vorzunehmen, versteckten sich immer alle Männer. Die Bolschewisten verwüsteten dann einige Höfe, requirierten Getreide, Vieh und Heu, mußten sich aber immer wieder, ohne ihr eigentliches Ziel erreicht zu haben, zurückziehen. Ich habe kein einziges Dorf zwischen Kiew und Rgitschew gesehen, wo die Mobilisation hätte vollkommen durchgeführt werden können. So begegneten die Bauern ihrer „Arbeiter- und Bauernregierung", wie die Bolschewisten die Unverschämtheit haben, ihre Pöbelherrschaft zu bezeichnen. Wie unbeliebt das bolschewistische Regime sogar bei den Arbeitern ist, ist daraus zu entnehmen, daß, nachdem die freiwillige Armee Kiew wieder verlassen mußte, mit ihr zu Fuß Tausende und Abertausende von Arbeitern flohen, die lieber ein Flüchtlingsdasein führen wollten, als unter bolschewistischer Herrschaft leben.' Die Bolschewisten konnten Kiew damals nur zwei Tage lang halten, aber sie fanden in diesen 48 Stunden Zeit, in Kiew mehr Verwüstungen anzurichten, als vorher im Laufe eines Monats. Wenn wir dageblieben wären, würde es unser sicherer Tod gewesen sein. Ich muß der **Wahrheit gemäß** bemerken, daß unter diesen 60 000 Flüchtlingen **kein einziger Jude** war

M. 2.80 pro Kilo war dem Reich das Benzin Anfang Oktober 1919 angeboten worden. Die deutschen Landwirte hätten ein ganzes Jahr mit billigen Betriebsstoffen in ungefährer Höhe von M. 3.— pro Kilo versorgt werden können, und über die verhältnismäßig niederen Getreidehöchstpreise wären kaum Klagen laut geworden.

Aber nicht genug, den deutschen Benzinverbrauchern nur jene Summe aufzuhalsen, um die sich durch die versäumte Kaufsgelegenheit das Benzin verteuerte — es sind das rund 64 Millionen Mark —, werden denselben durch den Aufschlag von M. 4.— pro Kilo auf den Einkaufspreis weitere 68 Millionen Mark aus der Tasche gestohlen. Die Reichsregierung aber hat sich selbst zum Wucherer gestempelt."

Wucherzeitung.

Es ist leider unmöglich, alle Nachrichten über Wucherfälle zu bringen, schon wegen des Raummangels. Wir werden noch in späteren Nummern besonders schwere Vorkommnisse in der „Wucherzeitung" veröffentlichen.

Freie Bahn den tüchtigen Schiebern!

Der Wiener Handels- und Industrieverein hat an die Regierung eine Eingabe gerichtet, in der er lebhaft für die rasche Aufhebung des Paßzwangs eintritt. Er verweist darauf, daß der Reisepaß ein Überbleibsel jener Zeiten sei, in welchen eine Reise auch auf kurze Entfernungen große Aufwendungen an Zeit und Mühe kostete und daher die Einrichtung des Passes erträglich erscheinen ließ, zumal damals andere Ausweismittel nicht zu Gebote standen. In der heutigen Zeit, wo der Privat- und Geschäftsverkehr es häufig notwendig machen, eine Reise unverzüglich anzutreten und die mit Paßbeschaffung verbundene Zeitaufwendung oft größer sei als die gesamte Reisedauer, müsse diese veraltete Einrichtung (die alte Taktik!) fallen, die auch ihren einstigen Zweck nie erfüllt hat, denn Verbrecher, Spione und sonstige unerwünschte Ausländer sind niemals durch den Paßzwang am Überschreiten der Grenzen gehindert worden.

Familie Weinstock und Genossen.

Die Korrespondenz Wilhelm berichtet: Am 11. ds. hielten zwei Kriminalbeamte in Wien einen Mann an, der einen schweren Koffer trug und verdächtig erschien. Der Koffer enthielt verschiedenartige Verbandstoffe, über dessen Herkunft der Besitzer, der Handelsangestellte Sucher Weinstock, angab, daß er den Koffer im Auftrage seines Bruders Isaak Weinstock aus der Wohnung eines gewissen Zimmet abgeholt habe. Isaak Leib Zimmet war in einem Garnisonsspital Kanzlist und stammt aus der Bukowina. Bei dem Verhör, dem Zimmet mit seiner Gattin Rose unterzogen wurde, gestand er nach hartnäckigem Leugnen, im Lauf von 6—7 Monaten 2000 Meter Verbandstoff aus dem betreffenden Garnisonsspitale entwendet und durch Vermittlung seines Schwagers Salomon Langberg dem Isaak Weinstock verkauft zu haben. Die Brüder des erstgenannten Sucher Weinstock, Pinkas Weinstock und Abraham Weinstock, die beide im Geschäft des ersteren angestellt und der Teilnahme am Diebstahl beschuldigt sind, wurden ebenfalls verhaftet. Bei Zimmet wurden 51000 Kronen, bei Isaak Weinstock 23750 Kronen beschlagnahmt. Mit Ausnahme von Langberg, der flüchtig ist, wurde die ganze Gesellschaft dem Landgericht eingeliefert. Dazu braucht man also die Aufhebung des Paßzwangs.

Benzin-, Benzol- und Gummischiebungen in Bochum.

Großschieber aus Bochum, Düsseldorf, Hamburg, Berlin usw. machten Millionenschiebungen in Benzol, Benzin und Gummi. Bisher sind 10 Personen verhaftet, darunter der Direktor einer Berliner Benzinverkaufsgesellschaft, der Kriminalkommissar und leitende Beamte des Reichsversorgungsamtes. Für gefälschte Papiere sollen im Einzelfalle bis zu 10000 M. bezahlt worden sein. Bis 1½ Millionen M. Provisionen wurden aus großen Benzolabschlüssen gewährt. Während andere bedeutende Bankguthaben hatten, konnte sich einer von dem ergaunerten Gewinn ein Rittergut von 200 Morgen Größe kaufen. Es wird ausdrücklich festgestellt, daß sich unter den Verhafteten kein Mitglied des alten Beamtenstandes befindet; es sind ausnahmslos Revolutionspflanzen. Namen sind vorsichtshalber noch nicht angegeben. Vielleicht bemüht sich der freundliche Philo-Verlag (s. a. anderer Stelle ds. Bl.) um die Feststellung. H. M.

Die Juden und die Lederwirtschaft.

80 M. kosten heute ein Paar Schuhsohlen. Das Publikum schlägt die Hände über dem Kopf zusammen und klagt und fragt: Woher kommt das, wo soll das noch hinaus? Ein typischer Fall möge zur Aufklärung dienen:

Am Tage nach der Freigabe der Lederzwangswirtschaft haben die Juden allerorten Autos und Fahrzeuge gemietet und das Leder in Massen aufgekauft, um es mit Riesengewinnen an die Verbraucher wieder zu verkaufen. Nun hat die Reichsregierung gesetzlich bestimmt, daß allgemein ein Konjunkturgewinn von 50% eingezogen wird; unter Konjunkturgewinn versteht man, wenn ein Händler Bestände alter Waren, in diesem Falle Lederwaren, die billiger waren, zu demselben Preise verkauft, wie er die später um ein Erhebliches verteuerten Waren verkaufen muß.

Bei einer Versammlung der Schuhfabrikanten und Händler (Herbst 1919 in Stuttgart), deren Vorsitzender der Fabrikant Levy, Teilhaber der Firma J. Sigle & Co., Kornwestheim war, wurde auch über das Gesetz betreffs Konjunkturgewinnabgabe gesprochen. Auf eine Anfrage des Schuhfabrikanten L. aus Balingen (Württemberg), der einwendete, er habe keinen Konjunkturgewinn gemacht, sondern lasse diesen Vorteil seiner Kundschaft zugute kommen, verkaufe also noch alte Bestände zu alten Preisen, wurde ihm von Levy erwidert: Dann sei er strafbar, er müsse Konjunkturgewinn machen, das Reich (!!) verlange es. Diese Behauptung, die gar nicht der Wahrheit entspricht, ist der Gipfel jüdischer Unverschämtheit. Vielleicht hoffte Herr Levy, indem er sich als Schützer des Gesetzes aufwarf, die dummen Gojim von ihrem ehrlichen,

Wer im dritten Vierteljahre in der Zusendung des

„Völkischen Beobachters"

eine unliebsame Verzögerung vermeiden will, zahle **heute noch** auf Postscheckkonto

Nr. 11346

den Bezugspreis ein und achte auf **genaue Namens- und Anschriftangabe.**

Bezugspreis: ¼ Jahr 12.50, ½ Jahr 25, ⅟₁ Jahr 50 M.

ihm natürlich nicht angenehmen Verhalten abzuhalten, was ihm aber nicht gelang.

Die Regierung hat bekanntlich auch die Herstellung von Luxusleder und dessen Ausfuhr freigegeben. Zur Herstellung von Luxusleder werden die Häute dreifach gespalten; die Luxuslederhändler sind nun zu allermeist Juden und suchen heute alle Häute aufzukaufen. Sie machen bei der dreifachen Verwertung der Häute natürlich nicht nur einen ungeheuren Gewinn, sondern entziehen auch das Leder der viel notwendigeren Schuhwarenfabrikation, so daß durch die damit erschwerte Beschaffung von Schuh- und Sohlenleder dasselbe ganz erheblich im Preise steigen muß.

Im Reichswirtschaftsamt war nun kürzlich eine Besprechung mit Vertretern deutscher Lederfabriken wegen Ablieferung des Leders auf Grund des Friedensvertrags. Die abzuliefernde Menge ist so hoch, daß bei der gegenwärtigen Lederproduktion es unmöglich wäre, unsere eigene Industrie mit Treibriemen zu versehen, daß sie also gezwungen wäre, mit Ersatztreibriemen (Papier) zu arbeiten, wodurch dem Arbeiter die Arbeit nicht nur erschwert, sondern auch Akkordarbeit unmöglich gemacht würde. Man sollte nun denken, daß das zur Ablieferung fertige Leder direkt an die Ententebehörden geliefert wurde, aber nein! Es sollen besondere Abnahmekommissionen gebildet werden, die aber, wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, nicht aus Deutschen bestehen dürfen, sondern um die sich bereits ganz besonders eifrig Juden beworben haben. Überall auf jedem Gebiet sitzen in den Zwischenstellen breitspurig und frech die Söhne des auserwählten Volkes, aber jedenfalls nicht aus reiner Vaterlandsliebe!

Wie lange will die Regierung diesem Treiben noch zusehen, es fördern und warten, bis die Erbitterung des Volkes zum höchsten gestiegen ist? A. Miller.

Die Kinoseuche.

„Wir werden der Welt vorschreiben, was in derselben Ehre und Vertrauen genießen, was mißachtet werden soll." (Vgl. Meister, Judas Schuldbuch.)

„Die Geächteten (der Ritualmord), Monumentalfilm in 7 Akten von Rita Barré", so lautet der Spielplan der Rathauslichtspiele, und dieser Titel veranlaßte mich, in die Hallen der hohen Kunst einzutreten. Schien es mir doch, ob Juda hier seine Netze spannte, um das gutgläubige deutsche Volk in seine Gedankengänge einzufangen. Man schlägt das Textbuch auf „Die Tragödie eines Volkes: verfolgt und geknechtet durch Jahrtausende, rechtlos und friedlos — fremd dort, wo seine Heimat — wandernd auf allen Straßen der Welt — geächtet ...." so viel Worte, so viel bewußte Lügen! Und der Inhalt des Stückes empörend — es ist kaum glaublich, was man den Zuschauern zu bieten wagt. In einer russischen Stadt sucht eine Kosakenschwadron Unterkunft. Die Stadt ist überfüllt von jüdischen Flüchtlingen, diese müssen, um der Truppe ein Unterkommen zu ermöglichen, für zwei Tage räumen, ein russischer Soldat (ein Goi und somit ein Lüstling, das Kinostück will es so) versucht, sich an der Tochter des Rabbiners zu vergreifen, sie wird von einem „objektiven" russischen Studenten in Schutz genommen. Der Film betont christlicher Student, die Juden werden ja wegen ihres Glaubens verfolgt! Die Kosaken reiten ab. Es naht das Passahfest. Der Student liest die Urkunde über den ersten großangelegten Ritualmord-Betrug im Jahre 322 v. Chr., als er erfährt, daß sein jüngstes Schwesterchen verschwunden ist. „Die Juden! Es ist Passah! Das Gespenst des Ritualmord-Wahns wacht auf." Das Gerücht durchläuft die Straßen des Städtchens, der Student (aus Liebe zur jüdischen Rabbinertochter) wehrt sich gegen die Ritualmöglichkeit — die Leidenschaft des Volkes erwacht ... Pogrom ....! Während in den Straßen das Entsetzen tobt, liest der Student in seiner Urkunde und findet, daß damals in Ägypten ein Priester, um sich selbst zu entlasten, die Schuld auf die Juden abgewälzt und so das Pogrom verursacht hat. Von Ritualmord — keine Spur. Also kann auch seinem Schwesterchen von den Juden nichts zu Leide getan worden sein; das verschwundene Kind findet sich auch richtig ein — der Student rettet den Rabbiner und dessen Tochter vor der Steinigung durch die entmenschten Massen. — Das der Inhalt. Und der Zweck der Übung? Der Ritualmord ist ein Märchen — das jüdische Volk hat nie jemanden etwas zu Leide getan, es ist das sittlich höchststehendste, aber unschuldig geknechtete Volk — nur die andern — „die Antisemiten", die jenes jüdische Volk erkannt: das sind die Scheusale in Menschengestalt.

Der Ritualmord — ein Wahn? Vierundsechzig gerichtsordnungsmäßig erwiesene, darunter viele eingestandene Fälle stehen zur Verfügung. Ich empfehle zum Studium: Hammerschrift Nr. 6 „der Beilis-Prozeß" und die Nummern 215 und 236. Juda, du spielst ein gefährliches Spiel, wenn du uns zwingst, die Wahrheit über den Ritualmord dem Volk lauter und noch lauter zu sagen.

Aufgabe des Schutz- und Trutzbundes wäre es, sich mit dem Besitzer des Rathauskinos ins Benehmen zu setzen, ob es nicht zweckdienlicher wäre, das Stück vom Spielplan abzusetzen. —ers.

Industrie und Landwirtschaft.

20000 pommersche Landarbeiter haben, wie die „Deutsche Arbeiterzeitung" berichtet, an die im deutschen Arbeiterbund organisierten Industriearbeiter folgendes Telegramm geschickt:

20000 in der Arbeitnehmergruppe des Landbundes gewerkschaftlich organisierte pommersche Landarbeiter entbieten auf heutiger Generalversammlung den im Nationalverband Deutscher Gewerkschaften organisierten Industriearbeitern brüderlichen Gruß. Wir versprechen, unermüdlich zu sorgen, daß für die Industriearbeiter und ihre Kinder das tägliche Brot produziert wird. Wir verlangen von Industriearbeitern und Arbeitgebern, daß sie durch tatkräftige Förderung der industriellen Produktion, unter Bewahrung des Wirtschaftsfriedens, sorgen helfen, daß der Warenmangel aufhört und wir die notwendigen Erzeugnisse der Industrie zu annehmbaren Preisen erhalten können."

finden war. Die jüdische Bevölkerung blieb in der Stadt zurück, um die bolschewistischen Räuber und Verbrecher zu erwarten."

(Die Druckauszeichnungen sind von uns. Schriftl.) Welcher deutsche Arbeiter glaubt noch, den Bolschewismus verteidigen zu müssen? Die Idealisten in U. S. P., K. P. D. und K. A. P. D. sollten ihre Blicke nicht mehr von den jüdischen Despoten in Moskau bannen lassen. Sie sollten sie auf die Not des eigenen Volkes richten und mithelfen, das Elend Deutschlands zu heben.

Theater und Musik.

Drei Erstaufführungen.

„Ein toller Einfall", Schwank mit Gesangseinlagen von Carl Lauf, Musik von Kuhn, Neues Operettentheater, 9. Juni.

„Die keusche Susanne", Operette von Georg Onkowsky, Musik von Jean Gilbert, Operettengesellschaft Curt Olfers, Lustspielhaus, 11. Juni.

„Die Fahrt ins Blaue", Lustspiel von E. de Caillavet, R. de Flers und E. Rey, deutsch von R. Lothar, Münchner Schauspielhaus, 12. Juni.

Die Bezeichnung „Erstaufführung" für die erstgenannte Arbeit kann nur für das Operettentheater Geltung haben, da sie schon vor Jahren am Volkstheater gegeben wurde. Man kann nicht leugnen, daß dem Schwank ein lustiger Vorwurf zugrunde liegt. Ein leichtsinniger Student und sein Wichser bekommen von dem Onkel des ersteren den Auftrag, während dessen Abwesenheit die Wohnung zu betreuen und da beide sich in fortwährender Geldnot befinden, vermieteten sie die einzelnen Räume an die verschiedenartigsten Personen. Daraus ergaben sich die peinlichsten Verwicklungen, die ihren Höhepunkt erreichen, als der Onkel und seine Familie unvermutet zurückkehren. Der Dichter hat nun dieses Thema in ziemlich befriedigender Weise durchgeführt und auch die Wiedergabe war recht gut, so „weit eben die vorhandenen Kräfte reichen". Ganz abgesehen davon, daß dergleichen dramatische Arbeiten im tollen Wirbel vorgeführt werden müssen, um verschiedene Unmöglichkeiten und Unwahrscheinlichkeiten zu verdecken, habe ich bei Vorführungen dieses Unternehmens immer den Eindruck, als ob die Einstudierungen nicht genügend vorbereitet würden und mehr oder weniger auf die Improvisation der Mitwirkenden rechnen. Dazu gehören aber andere Kräfte, als sie hier zur Verfügung stehen. Die gesanglichen Leistungen sind fast durchaus minderwertig. Eine Musik von Kuhn habe ich nicht gehört, Einleitung und Zwischenaktmusik waren von bewährten Meistern, und auch die Gesangseinlagen waren keine Originalarbeiten. Gäbe es eine Musikpolizei, verdiente diese Falschmeldung schwere Ahndung.

Ich möchte den Mitgliedern dieser Bühne raten, eine Vorstellung des Schauspielhauses zu besuchen und da am lebendigen Beispiele zu sehen, wie man eine lustige Sache herunterspielen muß. Die Wiedergabe des Lustspiels „Die Fahrt ins Blaue" war in jeder Beziehung eine mustergültige, da klappte alles bis in die kleinsten Einzelheiten, und auch die Bedenken, daß die Arbeiten von drei lebenden Franzosen stammen, mußten verstummen. Die vorhergesagte Demonstration deutscher Studenten, welche die Vorführung eines französischen Werkes stören wollten, war nicht eingetroffen, es stand alles unter dem Banne der meisterhaften Behandlung des Stoffes und der nicht minder gelungenen Wiedergabe. Warum sollen wir auch Werke dieser Nation nicht vorführen? Gerade wir Deutsche, die in der heiteren und leichtbeschwingten Dichtung zumeist auf landfremde, unter falschem Visier daherschreitende Autoren angewiesen sind, können hier nur die Anregung finden, auch einmal Bodenständiges zu liefern. Wir sind auf diesem Gebiete zu schwerfällig, vielleicht auch zu wenig leichtsinnig, aus unseren deutschen Federn kommt alles, wie der vorher besprochene „Tolle Einfall" beweist, wie aus rohem Holz mit unzulänglichen Mitteln gehackt heraus. Wie schon gesagt, war die Wiedergabe des Lustspieles eine glänzende und ganz besonders möchte ich Frau Marie Glümer als Großmutter hervorheben, das war eine schauspielerische Leistung ganz ersten Ranges, die allen Anwesenden ans Herz ging und den Erfolg des Abends allein bestimmen konnte. Aber auch den anderen Hauptdarstellern, Elsa Tiedemann als durchgehende Braut, Walter Dysing als unglücklicher und Karl Günther als glücklicher Bewerber um die Hand Helenens, gebührt das vollste Lob.

Die Erstaufführung der Operette „Die keusche Susanna" brachte ebenfalls einen vollen und einstimmigen Erfolg. Die textliche Unterlage von Georg Onkowski ist klar und verständlich, der dramatische Vorwurf, daß die handelnden Hauptpersonen, Baron Aubrais (Joseph Matzinger) und sein Sohn (S. Mayerhofer) und die Gattin Susanna des Parfümfabrikanten Pomarel (Mizzi Parla) in der Gesellschaft als durchaus keusche Personen gelten, letztere sogar den Tugendpreis besitzt, im geheimen aber ein sehr leichtes Leben führen und in dem bekannten Pariser Ballokal Moulin Rouge entlarvt werden, ist gut durchgeführt. Die Musik von Jean Gilbert (alias Winterfeld) ist routiniert und geht ins Ohr, sie reißt mit und läßt alle Bedenken, die etwa gegen diese „landfremde Musik" auftauchen, auch im deutschvölkischen Herzen schweigen. Daß gerade die Operette in durchaus jüdischen Händen liegt, als geschichtliches und künstlerisches Monopol, ist eine Tatsache, die nicht so schnell zu ändern ist, und wir müssen sie anhören, weil nichts Besseres vorliegt, und weil auch leider von seiten der Verlagsanstalten nichts anderes gebracht und auf den Markt geworfen wird. Den schon erwähnten durchschlagenden Erfolg rief aber die tadellose Wiedergabe hervor. Mizzi Parla als Trägerin der Hauptrolle, der keuschen Susanne, ist in Spiel und Gesang bewunderungswürdig, und ihr einzigartiges Temperament riß auch die übrigen Mitwirkenden zu Leistungen empor, die wirklich sehenswert sind. Es muß überhaupt konstatiert werden, daß Olfers in der Einstudierung der gebrachten Werke stets die musterhafteste Sorgfalt aufwendet, in Ausstattung und Inszenierung keine Kosten scheut und den Wunsch rege werden läßt, daß ihm in München einmal eine größere, seinen Intentionen entsprechende Bühne zur Verfügung stünde. Mein Bericht würde einen Mangel aufweisen, wenn ich nicht noch des Kapellmeisters B. Wetzelsberger gedenken würde. Dieser junge Mann hat wohl das Zeug in sich, zu erstem Namen zu gelangen, er beherrscht Orchester-, Chor- und Solopersonal in einer Weise, wie es selten zu hören ist. Alle diese Vorzüge der Olfersschen Operettengesellschaft geben ein abgerundetes Bild, das Auge und Ohr wohltut. Otto Keller.

Herr Hamm und die Wahrheit.

Am Samstag den 29. Mai 1920 fand im „Augustiner" eine Studentenversammlung statt, veranstaltet von den Deutschdemokraten. In der Aussprache hielt einer unserer Redner dem Herrn **Minister Hamm** vor, einer Abordnung der Gesamtvertretung der deutschvölkischen Verbände Münchens gegenüber geäußert zu haben, daß er viele Freunde unter den Juden habe, d.e er nicht missen möchte. Herr **Hamm leugnete** das mit dem Ausdruck der Entrüstung, trotz Benennung von Gewährsmännern. Wiederholte Rückfrage ergab jedoch folgenden Ausspruch des Herrn Hamm: „Ich möchte die guten Freunde, die ich unter den Juden habe, nicht missen. Man darf nie vergessen, was das Judentum im Laufe der Jahrhunderte unter der übrigen Menschheit zu leiden hatte." Der Öffentlichkeit sei hiermit das Urteil überlassen, wer angesichts der Bestätigung unserer Gewährsmänner absichtlich die Unwahrheit gesagt hat.

Akad. Vereinigung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes München.

Um Entstellungen vorzubeugen, sei gleich betont, daß Herr Hamm Freunde haben kann, so viel er will und wen er will. **Aber warum verleugnet er seine Freunde?**

Schriftl.

Eingesandt.

Der „Münchner Post" ins Stammbuch.

Die Abteilung für Lüge und höheren Volksbetrug des ins Praktische übertragenen Talmuds, genannt „Münchner Post", hat am 5. Juni, dem Vorabend der Wahlen, eine „unentgeltliche Extra-Ausgabe" geliefert, in der sie es fertigbringt, unter vielen anderen abgebrauchten Schwindeleien eine jeden Grundes entbehrende gemeine Beschimpfung und Verdächtigung loszulassen über die „national-sozialistische deutsche Arbeiterpartei". Sie wird als „der Wolf im Schafspelz", als „Verräter an der Arbeiterklasse" und als „demagogisches Anhängsel der Deutschnationalen Volkspartei" bezeichnet, und in diesem Sinne hat die S.P.D. auch plakatiert!

Es ist bezeichnend für die Kampfesweise der „Münchn. Post", ausgerechnet am letzten Tag vor den Wahlen diese Gemeinheiten zu machen, weil sie damit rechnete, daß der beschimpfte Gegner eine öffentliche Entgegnung nicht mehr machen könne. Das ist die Feigheit des erbärmlichen Schakals! Aus dieser Feigheit grinst der gerissene Talmudjude, die Seele der „Münchner Post", nur so heraus!

Wenn sie aber glaubt, mit einer derartigen Besudelung die Partei abgetan zu haben, so wird ihr die weitere Entwicklung zeigen, daß sie mit diesen Verdächtigungen nichts anderes erreicht, als eine Stärkung des Gegners, den sie so sehr fürchtet, wie das feige Benehmen offenkundig beweist. Die Männer der Arbeit, die sich in dieser Partei zusammengeschlossen haben, sind keine Verräter an der Arbeiterklasse, dieses zweifelhafte Amt macht sie allerdings der S. P. D. nicht streitig. Die Anspielung auf das „strengvertrauliche" Schreiben der Deutschnationalen Volkspartei ist in diesem Zusammenhang so haltlos, wie nur irgend denkbar. Die Deutschnationalen haben mit der Gründung und dem bisherigen Ausbau der Deutschen Arbeiterpartei genau so viel zu tun gehabt, wie hoffentlich auch mit der — „Münchner Post". Wenn sie als demagogisches Anhängsel der Deutschnationalen bezeichnet wird, so soll sich jenes Blatt doch zuerst auch davon Kenntnis verschaffen, daß sogar die Parole: „Wahlenthaltung" ausgegeben war. Aber selbst, wenn die Mitglieder der Partei den Deutschnationalen ihre Stimme gegeben hätten, wie es viele aus den Reihen der S. P. D. wirklich getan haben, so würden sie damit um so kräftiger betont haben, daß eine Partei, die ein derartiges Massenelend heraufbeschwören half, dank der „edlen" Gönner aus Judäa, wie die S. P. D., sie auf ihrem Weg nicht beirren kann, der der Weg zum deutschen Bewußtsein ist. Wo eine gute Frucht ist, da kommen allemal die Wespen, um daran zu nagen; diese Überlegung hat schon tausende, zum selbständigen Denken noch fähige Arbeiter der deutschen Arbeiterpartei zugeführt, und das wird stets mehr der Fall.

Daß die Partei keinen Kandidaten aufstellen konnte, beweist am allerdeutlichsten, daß hier noch kein hebräischer Schnorrer dazwischensteckt und auch niemals hineinkommt, sonst hätte man vielleicht ein Plakat als Gegenstück zu dem mit dem schiefen roten Haus" der S. P. D. bewundern können.

Aber genug für diesmal! Wenn die nächsten Wahlen sind, darf die S. P. D. ihr sogenanntes „Haus" in einem Winkel von 0° zur Erde geneigt auf ihrem Wahlplakat zeigen mit der Unterschrift: „Wer borgt uns einen Flaschenzug!"

Im übrigen werden wir uns noch öfter das Vergnügen machen, unseren Volksgenossen die „tiefsinnigen" Talmudmärchen aus der Textausgabe „Münchner Post" recht deutlich zu erklären. Auf Wiedersehen! Hsj.

Unterm Scheinwerfer.

Das verbotene Hakenkreuz.

Zu der in Nr. 54 gebrachten Anmerkung über das verbotene Hakenkreuz wird uns mitgeteilt, daß der betreffende Erlaß des Unterrichtsministers den Schülern der höheren Lehranstalten neben politischer Tätigkeit auch außerhalb der Schule, wie Zettelverteilen u. dgl., das „Tragen von Abzeichen politischer Parteien" verbietet. Seit wann ist denn das Hakenkreuz das Abzeichen irgendeiner politischen Partei?

Diese Fassung des Erlasses läßt auf den geistigen Urheber schließen, den wir mit unsrem Gewährsmann wohl mit Sicherheit in dem sattsam bekannten „Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" suchen dürfen. Es ist eigentümlich, wie der Gegner aus jeder noch so geringen oder großen **völkischen** Sache stets und regelmäßig eine parteipolitische Angelegenheit zu machen versucht. Der Jude weiß wohl, daß die völkische Bewegung erstickt würde, wenn es ihm gelänge, sie parteipolitisch zu verfilzen! Denn es ist sein Mittel zur Beherrschung Deutschlands, die gemeinsamen Angelegenheiten des deutschen Volkes immer wieder als Parteisachen erscheinen zu lassen.

Der „arme" Wunderrabbi.

In der Budapester „Neuen Post" ist folgendes zu lesen: „Als nach Abzug der Rumänen wieder die ungarischen Behörden in den Komitaten Szabolcs und Hajdu an das Ruder kamen, wurde sogleich mit der Säuberungsarbeit begonnen. Die galizischen ‚Flüchtlinge', die, ohne eine Hand zur Arbeit zu rühren, ganz prächtig gediehen, wurden heimgeschickt. Die Gendarmen, die in der Gegend von Debreczin Razzia hielten, fanden dort auf den Weinhöfen eine Menge Galizianer versteckt, die sich so der Aufmerksamkeit der Behörden entziehen wollten.

Es wurden 193 galizische Familien gefunden, 119 davon wurden über Budapest in ihre Heimat abgeschoben, die übrigen interniert. Gelegentlich einer solchen Razzia nun in Debreczin kam auch der Wunderrabbi von Komarow, Jakob **Safran**, an die Reihe, der den bei ihm erscheinenden Polizisten weinend sein ‚großes Elend' klagte. Die hartherzigen Gojims ließen sich aber dadurch nicht rühren und durchsuchten die Wohnung des gottesfürchtigen Mannes, wobei sie **drei viertel Millionen** unabgestempeltes blaues Geld fanden. In einer Kassette, die im Keller versteckt war, fand man eine Menge echte Perlen, Edelsteine, ausländische Valuta, Gold- und Silbergeschirre, Schmuckgegenstände von großem Wert. Die gefundenen Schätze sind viele Millionen wert."

Wenn das schon am grünen Holze geschieht, so ist das eine treffliche Illustration zu dem Geständnis von Karl Marx, der da sagt, daß Israels wirklicher Gott „das Geld" sei. A. M.

Schwere Verbrecher.

Die „Deutsche Israelitische Zeitung" beschwert sich in Nr. 20, daß in der Nacht vom 18. auf 19. Mai von noch unermittelten Personen zahlreiche von Juden bewohnte Häuser in Bogenhausen und im Goetheplatzviertel in München mit dem Hakenkreuz bezeichnet wurden. Untersuchung sei eingeleitet.

Dieselbe Zeitung ist ganz empört darüber, daß ein Gymnasiallehrer in Holzminden den **kohn**fessionellen Frieden gebrochen habe, indem er seinen Schülern eine Vorlesung aus der „Sünde wider das Blut" gehalten und das Buch wärmstens zur Lektüre empfohlen habe. Sie knüpft daran den Wunsch, die Regierung möge, wenn ihr dieser Vorfall zur Kenntnis gelange, diesen Jugendbildner seines Amtes entheben.

Ohne Schuld und Fehle.

Am 11. April, so berichtet die „Deutsche Israelitische Zeitung", Nr. 19, fand in Wien eine große öffentliche Kundgebung gegen den furchtbaren (!!) antisemitischen Terror in Ungarn statt. Oberrabbiner Dr. Chayes hielt eine ergreifende (!) Rede über die Leiden der jüdischen Brüder in Budapest und in Ungarn; ihm schlossen sich gewiegte Redner und Politiker, Dr. Ehrlek, Dr. Plaschkes und Dr. Schalitt, an. **Alle Anwesenden waren aufs tiefste ergriffen.** — Natürlich! Das arme Israel leidet eben immer unschuldig!

Niedriger hängen!

Wir sind zwar von den Juden viel gewohnt, aber das Folgende dürfte doch alles bisher an jüdischer Unverfrorenheit Dagewesene übersteigen. Behauptete da (laut „Deutsche Israelitische Zeitung", Nr. 19) anläßlich des vom Zentralverein in Nürnberg veranstalteten Aufklärungsvortrages des Dr. Holländer in der Diskussion ein Prof. Freund-Berlin, das „Berliner Tageblatt" sei als jüdische Presse nicht anzusprechen. Die Juden hätten auf dasselbe keinen Einfluß. Das sei eben der große Fehler der Gegner, daß sie zur jüdischen Presse stempeln, was ihnen unbequem sei. Man kann nun nicht annehmen, daß Herr Professor Freund nichts davon weiß, daß das „Berliner Tageblatt" 1871 von Rud. Mosse „zur Wahrnehmung der Interessen des Judentums im öffentlichen Leben" gegründet wurde, daß ferner der jetzige Leiter der Neffe Mosses, Theodor Wolff, ist; weiterhin, daß folgende Juden in der Redaktion tätig waren und sind: Sochaczewer, Norden, Hirschberg, Dr. Poppe, Dr. Felix Pinner, Fritz Engel, L. Rotschild; außerdem sind in der Festschrift des „Berliner Tageblattes" zur Feier des 70. Geburtstages seines Verlegers (1913) unter den ständigen Mitarbeitern des Blattes 143 Juden bzw. jüdisch verheiratete Schriftsteller aufgeführt. Und da behauptet ein Jude, das „Berliner Tageblatt" stehe nicht unter jüdischem Einfluß. Mit großer, selbstsicherer Frechheit einfach zu behaupten, in der nicht ganz unberechtigten Annahme, daß sich dadurch viele dumme Deutsche übertölpeln und einschüchtern lassen, war von jeher typische jüdische Taktik. A. M.

Sturm in der jüdischen Kultusgemeinde.

Unter diesem Titel schreibt die „Wiener Reichspost" (Nr. 143): „Ein liberales Abendblatt berichtet, daß die Assimilationsjuden in der Wiener jüdischen Kultusgemeinde sich in großer Aufregung darüber befinden, daß ihnen bei der bevorstehenden Vorstandsneuwahl, bei der nicht weniger als vier Listen gegeneinander stehen, die Zionisten die Mehrheit abzugewinnen drohen. In diesem Fall würden die Zionisten die gesetzliche Erklärung der Juden als selbständiges Volk in Österreich anstreben, und drohen die Assimilationsjuden schon heute mit einer außerordentlich starken Austrittsbewegung, daß Hunderte von jüdischen Intelligenzlern sich durch die Kultusgemeinde aus dem deutschen Volke werden ausschließen lassen. Es bestehen bereits Bestrebungen, um eine eigene deutschjüdische Gemeinde in Wien ins Leben zu rufen."

2300 Prozent verdient.

Vor zirka Jahresfrist hat der berüchtigte Kriegsverdiener und Engrosschieber Rappaport das altertümliche, prachtvolle Schloß Schwarzenau von Baron Spillmann um eine Million Kronen erworben. Dieser Tage verkaufte er dieses herrliche Schloß, in dem auch Kaiser Franz Josef anläßlich der letzten Manöver in jenem Waldviertel gewohnt hatte, an ein Schieberkonsortium um den Betrag von 24 Millionen Kronen. (Nach einer „Reichspost"-Meldung vom 26. Mai.)

Mehr Freiheit für die Juden!

„Pravo Lidu" meldet aus Agram: „Den Journalisten im südslawischen Staate wurde die gleiche Immunität wie den Abgeordneten zuerkannt." Das würde nur noch bei uns Deutschen fehlen, Immunität für unsere jüdischen Zeitungsschreiber!

Nachahmenswertes aus Oesterreich.

In einer Mitteilung der niederösterreichischen Landesregierung an die Wiener Ärztekammer werden jenen Ärzten, welche im Anzeigenteil der Judenblätter die Behandlung von Geschlechtskrankheiten ankündigen, die empfindlichsten Geld-, im Wiederholungsfalle sogar Arreststrafen angedroht. Damit sollen jene Ärzte, fast durchwegs jüdische Zugereiste, zurechtgewiesen werden, die nicht nur schmutzigsten Kundenfang, sondern auch schamlose Ausbeutung der Kranken betreiben. — Ob man es in Deutschland auch noch einmal erleben wird, daß ähnliche Maßnahmen ergriffen werden?

Jüdische Frontsoldaten in Frankreich.

Auch in Frankreich wurden vereinzelte Stimmen laut gegen jüdische Drückeberger. Aus diesem Anlaß haben die Juden in Algerien ein **goldenes Buch** mit einem Verzeichnis aller im Kriege gefallenen Juden herausgegeben. Von den 50 000 Juden Algeriens seien 2000, also 4 Prozent, gefallen, während der Prozentsatz in der ganzen französischen Armee auf 8,86 Juden berechnet wurde. (Nach einer Meldung der „Deutschen Israelitischen Zeitung.)

Neuyork, die Stadt der Juden.

Mit sichtlicher Genugtuung stellt die „Deutsche Israelitische Zeitung" (Nr. 20) folgendes fest: „In Neuyork und seinen vier Vororten wohnen heute 1½ Millionen Juden unter einer Gesamtbevölkerung von 5 Millionen Einwohnern. Jeder dritte Mensch in Neuyork ist also Jude. Laut den Registern der jüdischen Gemeindevereinigung in Neuyork war die Stadt im Jahre 1790 von 390 Juden bewohnt. Das gegenwärtige soziale und kulturelle Leben dieser größten jüdischen Ansiedlung der Welt ist ein überaus reges. Es gibt heute in Neuyork mehr als 720 traditionelle und Reformsynagogen. Unter den 46 jüdischen Zeitschriften, welche in Neuyork erscheinen, sind 5 Tageszeitungen. 29 Zeitschriften erscheinen in jiddischer, die übrigen in englischer, hebräischer und spaniolischer Sprache. In Neuyork gibt es 29 jüdische Friedhöfe. Die jüdische Volksbibliothek hat einen überaus reichhaltigen Bücherbestand und einen großartigen Lesesaal. Schließlich hat Neuyork 7 jüdische Theater, welche fast ausschließlich jiddisch spielen." — Wir Deutsche sind den Juden in Neuyork sicher nicht um ihr Wohlergehen neidisch und haben nur den sehnlichsten Wunsch, es möchten sich noch möglichst viele „Daitsche" über das große Wasser begeben und sich in dem wohnlichen Neuyork recht wohl ergehen lassen.

Zur Kleingeldnot in Deutschösterreich.

Gleich vielen Gemeinden in Deutschösterreich gibt auch die Ortsorganisation St. Pölten (N.-Ö.) der nationalistischen Arbeiterpartei Notgeldscheine zu 10, 20 und 50 Heller heraus. Die Scheine sind künstlerisch ausgeführt und für jeden Sammler sehr begehrenswert. Sammler wenden sich an das Sekretariat der obigen Ortsorganisation in St. Pölten (N.-Ö.) Linzerstraße 32. Preis eines Satzes 1 Mark und 30 Pf. für Porto. Voreinsendung des Betrages in Markscheinen erbeten.

Gewerkschaftsarbeit.

Die U.S.P. in Leipzig hat beschlossen, den Wiederaufbau des Volkshauses als Unternehmerin selbst auszuführen, „um nicht in wirtschaftliche Abhängigkeit von der Unternehmerschaft zu geraten." Der Beschluß ist äußerst erfreulich, denn es ist endlich einmal ein praktischer Versuch zur genossenschaftlichen Zusammenarbeit. Auf den Ausgang darf man gespannt sein.

Wir möchten jedoch recht gerne wissen, ob auch die Abhängigkeit vermieden wird, die aus der Hergabe von Geldern durch reiche Parteifreunde an die Baugenossenschaft entsteht. Wer das ist, darüber ist wohl kein Zweifel.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß zu den Kosten des Wiederaufbaues von etwa 10 Millionen die organisierte Arbeiterschaft einen Tagesverdienst beitragen soll. Das ist sehr schön wegen des damit ausgesprochenen Gemeinschaftsgedankens. Aber man rechnet, scheint es, selbst nicht damit, daß man genügend zusammenbekommt. Die Arbeiterschaft wird gut tun, genau festzustellen, ob sie wirklich in keine Abhängigkeit geraten ist.

Die national-sozialistische Deutsche Arbeiterpartei hält am Freitag, den 18. Juni, abends 7½ Uhr, im Saale des Hotel **Wagner** (Treffler) eine große öffentliche Versammlung ab. Es spricht Herr Dipl.-Ing. Gottfried **Feder** über „Börsenkapital und Kleinrentner". Alle Volksgenossen sind herzlichst zum Erscheinen eingeladen.

Den verehrl. Beziehern

des „Völkischen Beobachters" diene zur Kenntnis, daß eine Zahlkarte in unserer letzten Nummer nur für solche Bezieher beilag, die den Bezugspreis für das dritte Vierteljahr noch nicht bezahlt haben.

Bezieher, die den **alten** Bezugspreis für längere Zeit (ein halbes oder ein ganzes Jahr) vorausbezahlt haben, **müssen nicht** den Unterschied zwischen altem und neuem Preis nachbezahlen, sollten es aber nach dem Beispiel mehrerer unserer Freunde tun, **da selbst der gegenwärtige Bezugspreis noch nicht die wirklichen Selbstkosten deckt.**

Verlag des „Völkischen Beobachters".

Schrönghamer-Heimdal
KAPITALISMUS
sein Wesen, seine Wirkung und seine Wandlung zum Wohlstande aller
Haas & Grabherr, Verlag, Augsburg
Preis M. 1.— und 10% Teuerungszuschlag, bei Mehrbezug billiger

Der seit einigen Jahren immer vordringlicher werdende Ruf nach Brechung der Diktatur des ewigen Juden, des Symbols des Kapitalismus und der Zinsknechtschaft, ertönt hier aufs neue. Schrönghamer-Heimdal ist einer der wohlbekannten Vorkämpfer dieser Befreiungsidee. Aber es gilt noch Hunderttausenden die Augen zu öffnen über die Wurzeln unseres Zeitübels, deren letzte, folgerichtige Konsequenz der Krieg und der drohende Bolschewismus sind.